

8. Mai 09 - 64 Jahre Frieden

Seit über 400 Jahren hat es in Deutschland noch nie eine solch lange Periode ohne Kriegshandlungen gegeben. Wir erlebten zwar nach 45 bis 89 den 'Kalten Krieg' zwischen Ost und West mit atomarer Hochrüstung auf beiden Seiten (die übrigens nach 20 Jahren immer noch nicht abgebaut ist), aber es gab keine bewaffneten Konflikte - allerdings Tote bei Fluchtversuchen am Eisernen Vorhang.

Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union 1992 (Vorläufer Montanunion vor 58 Jahren) ist die Folge des gewaltigen Friedenswunsches aller Europäer, die EU- Erweiterung in den letzten Jahren beweist die Attraktivität dieses politischen Erfolgsmodells. Sicherheit hat diese EU aber nur zwischen den Mitgliedsländern geboten, sich selbst als Ganzes und auch die beitragswilligen Länder konnte sie nie - jedenfalls nicht militärisch - schützen. Alle Beitrittskandidaten schlüpfen daher zuerst unter den Schuttschirm der NATO, bevor sie auch der EU beitreten.

Die NATO - gerade in diesem Jahr 60 geworden - ist zwar der europäische Schutzmantel, aber als transatlantischer Pakt historisch und machtpolitisch von den USA und damit zwar -überwiegend - von europäischen Werten gesteuert, aber nicht unbedingt von europäischen Interessen.

Die Sicherheits- und Außenpolitik der EU litt bisher unter ihrer Vielstimmigkeit, dieser Mangel sollte durch den Lissabon-Vertrag 2007 abgestellt werden. Es gab daher Befürchtungen, die EU wolle nun aus der NATO aussteigen. Die Frage, ob die EU als souveräne politische Einheit nicht tatsächlich eine eigene Armee brauche, soll hier diskutiert werden.

Auf dem Podium:

Manuel Sarrazin (Bündnis90 / Die Grünen)
Abgeordneter im Deutschen Bundestag,
stellv. Landesvorsitzender der Europa Union
Hamburg e.V.
Mitglied im Landesvorstand der GAL-
Hamburg

Susanne Danhier (SPD Bargteheide)
Stellvertretende Vorsitzende der SPD im
Kreis Stormarn und Kandidatin zur Landtags-
wahl 2010

Gösta Beutin (Die Linke) Kandidat zur Bun-
destagswahl im September 2009

**Bernd Meimberg (Friedensbewegung
Schleswig Holstein)**

Moderation: Dr. Hartmut Jokisch
(Bündnis90/Die Grünen – Ortsvorstand Bad
Oldesloe)

IMPRESSUM ViSdP: Hartmut Jokisch
Dorothea-Erxleben-Straße 20, 23843 Bad Oldesloe
Tel: 04531 - 181 801
E-Mail: hartmut.jokisch@t-online.de

Für die Europa-Union: Thomas Kopsch, M. A.,
PMP® Geschäftsführender Gesellschafter vero projects -
Kopsch Projektmanagement GmbH
Großer Burstah 36, -20457 Hamburg,
Mobil: +49 (0) 170 / 54 30 497,
Tel.: +49 (0) 40 / 36 09 36 83
thomas.kopsch@veroprojects.com



**Die Europa-Union
lädt ein zu einer
Podiums+Publikums-Diskussion
anlässlich der Wahl am 7. Juni
zum Europäischen Parlament**

***Braucht Europa
eine Armee ?***

**Bad Oldesloe
Rathaus**

**Eingang: Weg zum Bürgerpark
Mittwoch, 3. Juni 2009**

20⁰⁰ Uhr, Eintritt frei

Kosovo: Der Sündenfall vor 10 Jahren

Am 24. März 1999 begannen die Luftschläge der NATO gegen Ziele in Jugoslawien, um die brutale ethnische Säuberungspolitik des Belgrader Regimes von Slobodan Milosevic im Kosovo zu stoppen. Die damalige rot-grüne Bundesregierung stand in der Verantwortung, entweder der Vertreibung und Ermordung der Albaner im Kosovo tatenlos zuzusehen, oder mit einer militärischen Intervention der NATO dies zu stoppen. Die von Rot-Grün zu verantwortende erste Beteiligung der Bundeswehr an einem Kampfeinsatz bedeutete nicht nur eine Zäsur deutscher Außenpolitik, sondern auch das Risiko der Spaltung der Grünen Partei.

Afghanistan

“Nine-Eleven” 2001 war der Auslöser des letzten Afghanistan-Krieges. Im Dezember 2001 erteilte der UN-Sicherheitsrat der ISAF (International Security Assistance Force) das Mandat an die NATO+Partnerländer zur Unterstützung des Wiederaufbaus des Landes. Parallel betrieb die USA dort ihre Operation Enduring Freedom (OEF). Der deutsche Beitrag zur ISAF wird regelmäßig im Bundestag beschlossen - unklar bleibt die faktische Abtrennung zur OEF. Unklar bleiben die Erfolgsaussichten.

Pakistan

Das Nachbarland von Afghanistan wurde schon lange vor Ausbruch der jetzigen gewalttätigen Auseinandersetzungen von vielen Experten als das Land mit der höchsten Kriegsgefahr bezeichnet. Ein internationales Eingreifen ist wahrscheinlich.

Iran

Der Iran wird unter seinem jetzigen Präsidenten als globale Bedrohung betrachtet, da er verdächtigt wird, eine eigene Atombombe zu bauen. Trägerraketen, die jetzt schon Israel und bald auch Europa erreichen, werden gerade getestet.

Israel

Die aggressive Siedlungspolitik in den besetzten Palästinenser-Gebieten und die Ablehnung der Zwei-Staaten-Lösung lassen erahnen, dass der gerade beendete Gaza-Krieg nicht die letzte militärische Auseinandersetzung in der Nahost-Region darstellen wird. Es kann auch hier demnächst der Einsatz von Friedenstruppen nötig sein, wie jetzt gerade im benachbarten Libanon.

Irak

Ein Krieg, der auf Grund durchsichtiger Interessen und undurchsichtiger Unterstellungen (inzwischen weiß man, auf Grund von Lügen) von den USA initiiert wurde, der aber deshalb - anders als der Afghanistan-Krieg - von der rot-grünen Regierung und von Frankreich nicht als Bündnisfall der NATO interpretiert wurde.

Somalia

Deutsche Einsatzkräfte bieten Schutz vor Piraten.

Wehrgerechtigkeit?

Frauen können dienen, müssen aber nicht. Männer müssen dienen, können aber verweigern. Die Frage, ob Frauen auch Ersatzdienst leisten sollten, wird noch nicht öffentlich diskutiert.

Waffen-Industrie

Zur Zeit ist die europäische Waffen-Industrie noch technologisch “breit aufgestellt” und global wettbewerbsfähig. Doch die die Vereinigten Staaten von Amerika geben im Vergleich zur EU das 6-fache für militärische Forschung und Entwicklung aus, zudem haben sie ein doppelt so hohes Verteidigungsbudget mit fast doppeltem Investitionsanteil und werden dadurch zunehmend dominant auf den Exportmärkten. Dazu kommt, dass die staatliche Beteiligung bei den Rüstungsfirmen immer weiter zurückgeht und private Aktienhalter natürlich nur ökonomische Interessen verfolgen, das heißt, das investive Kapital wird wahrscheinlich in die auf diesem Gebiet erfolgreichere USA migrieren.

Vereinigte Staaten von Europa

Bereits vor genau 80 Jahren propagierte Stresemann die Vereinigten Staaten von Europa. Inzwischen haben wir immerhin mit der EU schon einen Staatenbund, eine gemeinsame Währung, innereuropäisch offene Grenzen und ein Parlament - mit allerdings noch geringen Kompetenzen. Bis Stresemanns Vision Wirklichkeit wird, darf es nicht noch weitere 80 Jahre dauern, wenn die halbe Milliarde Europäer in der globalen Politik noch eine Bedeutung behalten wollen.

Der Verfassungs-Vertrag 2004

sollte Stresemanns Vision befördern. Er scheiterte an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden.

Der Lissabon Vertrag 2007

verzichtete auf eine Verfassung. Er ist gerade im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich nicht supranational. Diese Bereiche werden weiterhin zwischen den europäischen Regierungen ausgehandelt.